

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 19.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Cöln, den 7. Mai 1909.

Insertionspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengefuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionsschluss ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

Ernstes Lehren

werden zur Zeit den unorganisierten Holzarbeitern im rheinisch-westfälischen Industriegebiet erteilt. Was bis dahin allen Belehrungskünstigen, allen Anstrengungen der Vertrauensmänner nicht gelingen wollte, nämlich die nichtorganisierten Kollegen von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen, das bringt nunmehr der Arbeitgeberbund mit einem andern Mittel, mit der

Aussperrung

et einer Reihe von unorganisierten sehr schnell fertig. Werkstatthaltern, die früher niemals daran dachten, daß sie arbeitsscheu würden, denen es ein unfassbarer Gedanke war, jemals in einen Kampf mit ihrem Arbeitgeber verwickelt zu werden, sie unerschütterlich daran glaubten, eine

Lebensstellung

zu besitzen, sehen sich nunmehr plötzlich in ihrem Wahne geirrt. Ohne Rücksicht auf ihre langjährigen Dienste, die sie dem Arbeitgeber geleistet, befinden sie sich unter der Zahl der Ausgesperrten. Bei den Maßnahmen des Arbeitgeberbundes wird ein Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten nicht gemacht. Bitter enttäuscht äußerte sich in den letzten Tagen ein unorganisierter ausgesperrter Kollege zu einem Vertreter des Verbandes, früher habe ihn sein Arbeitgeber von der Organisation fern gehalten und nunmehr sehe er ohne Anspruch auf die Unterstützung des Verbandes

brotlos auf der Straße.

Auch denjenigen unorganisierten Kollegen, die aus falschem Eigennutz sich bis dahin nicht organisierten, ist ein Streich durch ihre Rechnung gemacht worden. Sie können diesmal nicht müßlos die Erfolge der organisierten Kollegen einheimen. Ja, früher war das doch ganz anders. Da blieben manche unorganisierten während eines Streiks in der Werkstatt stehen, um nachher, wenn die kämpfenden Kollegen Erfolge errungen hätten, mit an erster Stelle daran teilzunehmen. Heute machen die Arbeitgeber diesen Kollegen klar, daß sie, wenn sie mit ihnen wollen, auch mit ihnen müssen.

Klug und in seinem eigenen Interesse handelt daher auch dieser Ratgeber jeder Kollege, der frühzeitig dem Verbande beitrifft.

Unterstützungseinrichtungen

und in keiner gewerkschaftlichen Organisation zu entbehren, seien es nun Einrichtungen solcher Art, daß sie als direkte Mittel zur Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben angesehen werden können, wie Streik, Maßregelungs- und auch noch Arbeitslosenunterstützung, oder seien es solche mehr charitativen Charakters, wie Unfall-, Sterbe-, Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung. Auch letztere Einrichtungen sind zu einer unentbehrlichen Einrichtung für alle Arbeiterberufsverbände geworden. Müssen sie doch das Recht haben — leider noch allzuhäufig — das die Arbeiter, wenn es an Standesbewußtsein und an der richtigen Auffassung von dem Wesen und den Zielen einer Standesbewegung mangelt, an den Verband zieht und dauernd daran festhält.

Es soll die vielseitige Bedeutung dieser Einrichtungen nicht verkannt werden. Sie haben großen Wert in agitatorischer und organisatorischer Hinsicht; bei den verschiedensten Wechselstellungen des Lebens greifen sie dem organisierten Arbeiter helfend unter die Arme; sie bewahren ihn vor der sehr häufig verpflichtenden und entwürdigenden Almosenfürsorge der öffentlichen Behörden oder wohlthätiger Bürger oder der wohlthätigen des Arbeitgebers; sie stellen den Arbeiter auf eigene Füße, machen ihn frei und unabhängig in allen Fällen des vielgestaltigen sozialen Lebens. So ist das gewerkschaftliche Unterstützungswesen zu einem schätzenswerten Hilfsmittel in dem Emanzipationskampfe des vierten Standes geworden. Es bildet eine wertvolle und notwendige Ergänzung und Erweiterung der gesetzlichen Arbeiterversicherung. Diese hat durch das gewerkschaftliche Unterstützungswesen wesentlich an Wert und Bedeutung gewonnen.

So wichtig und notwendig die genannten Einrichtungen auch sein mögen, so können und dürfen sie in der Gewerkschaft doch nur eine untergeordnete Rolle spielen. Hinter dem Hauptprogramm, „Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen“, muß alles andere in der Gewerkschaft zurücktreten. Eine gewerkschaftliche Berufsorganisation ist nicht eine Kasseninstitution, wo sich der Kollege gegen Krankheits-, Sterbe-, Unfall- und Arbeitslosigkeitsfälle versichern kann, sondern lediglich ein Instrument, das Einfluß auf die Gestaltung des

Arbeitsvertrages zu gewinnen und diesen zugunsten der Arbeiter zu vervollkommen versucht. Alle materiellen und ideellen Kräfte eines Verbandes müssen auf die Erreichung dieses großen Zieles gerichtet sein und alles ist sorgsam ferne zu halten, das diese Kräfte von dem Gesamtziele abzuwenden geeignet wäre. Für die Lage der Not dem Mitgliede moralische und finanzielle Hilfe zu gewähren, kann und darf der Gewerkschaft nur Nebenzweck oder Mittel zum Zweck sein.

Alle Verbandsfunktionäre sollten im Verkehr mit den Mitgliedern, wie mit der Arbeiterschaft überhaupt, diese Wahrheit immer wieder zum Ausdruck bringen, damit sie Gemeingut der Gesamtkollegenwürde. Dann würden die Reihen jener immer lichter werden, die die Unterstützung als Hauptzweck und jede persönliche gewerkschaftliche Betätigung als überflüssig und furchtbar lästig ansehen. Wir haben die Empfindung, daß hier und da Vorstände und Vertrauensmänner bei ihrer organisatorischen und agitatorischen Wirksamkeit das Unterstützungswesen überwerten und dadurch in dem Kopfe eines Mitgliedes geradezu ein Zerrbild von dem Wesen der Gewerkschaften hervorzubringen. So erziehen sie ungewollt die mit Recht gefürchteten Kassenmenschen, die die Pflichten der Organisation ihnen gegenüber ganz akkurat bis auf den letzten Pfennig ausgerechnet haben, die aber mit hundert Entschuldigungen und einem behäbigen Lächeln den Vertrauensmann abtun, wenn dieser einmal über „Pflichten der Mitglieder“ Vortrag hält.

Es ist etwas allgemein-Bekanntes, daß jede Kassenrichtung ihre Leistungen nach versicherungstechnischen Grundlagen berechnen muß. Wie viel mehr eine Gewerkschaft, die nur einen kleinen Bruchteil der Einnahmen für Unterstützungszwecke verwenden, den Hauptteil für Kampfeszwecke, für Durchführung der rein gewerkschaftlichen Aufgaben zurücklegen muß. Daß gerade in jetziger Zeit angesichts der gewerkschaftlichen Konstellation die Arbeiterverbände eine starke finanzielle Kraft dringend notwendig haben, weiß jeder, der nur einen kleinen Bruchteil der Einnahmen für Unterstützungszwecke verwenden, den Hauptteil für Kampfeszwecke, für Durchführung der rein gewerkschaftlichen Aufgaben zurücklegen muß. Daß gerade in jetziger Zeit angesichts der gewerkschaftlichen Konstellation die Arbeiterverbände eine starke finanzielle Kraft dringend notwendig haben, weiß jeder, der nur einen kleinen Bruchteil der Einnahmen für Unterstützungszwecke verwenden, den Hauptteil für Kampfeszwecke, für Durchführung der rein gewerkschaftlichen Aufgaben zurücklegen muß.

Aber die Sache hat auch noch eine andere Seite. Eine Gewerkschaft kann ohne Idealismus, ohne Regsamkeit, Lebendigkeit, Opferwilligkeit und selbstlose Hingabe ihrer Mitglieder unmöglich vorankommen. Der Geist echter Standesolidarität muß wie ein belebender Hauch über das Feld der Organisation wehen. Eine Ueberspannung des Unterstützungswesens muß diese Eigenschaften aber direkt ersticken. Wo die Unterstützung als Haupteinrichtung der Berufsorganisation von den Mitgliedern angesehen wird, da fehlt jede Frische, Lebendigkeit und Arbeitslust, fehlt der ganzen Bewegung die Schwungkraft. Was sind die Hirsche-Dunkelröhren-Gewerksvereine geworden? Verächtliche Versicherungsvereine, von denen einer ihrer Hauptführer jagte, daß sie mit „mumienhafter Greifigkeit“ umherwandeln. Diese „mumienhafte Greifigkeit“ haben auch die jüngeren Bemühungen innerhalb der Gewerksvereine nicht in eine jugendliche Lebendigkeit umwandeln können. Und letztere hat eine Arbeiterbewegung notwendig. Dem: Was ist die Masse ohne den alles belebenden Geist?

Mögen diese Zeilen allen Kollegen zur Beherzigung dienen. Nicht, als ob wir in unserm Verbande direkte Ursache hätten, auf die hier kurz gezeichneten Gefahren einer Ueberspannung des Unterstützungswesens hinzuweisen, nein, aber wir haben ein gut ausgebautes Unterstützungswesen, für einzelne Positionen wirklich sehr hohe Unterstützungssätze, und da haben besonders die agitatorisch und organisatorisch tätigen Kollegen und Kolleginnen Veranlassung, darauf bedacht zu sein, daß diese Einrichtungen nicht nur von unlauteeren Elementen nicht ausgebeutet werden, sondern auch, daß im allgemeinen unter der Kollegenchaft das Unterstützungswesen nicht überwertet wird. Das Unterstützungswesen soll zum Segen des Verbandes und nicht zu seinem Schaden sein. Mögen die Vorgänge im „Deutschen Metallarbeiterverbande“ allen zu der Lehre dienen, die Unterstützungseinrichtungen nicht zu unterschätzen, aber sie doch immer nur als Nebensache zu behandeln.

Umfang und Bedeutung der Holzindustrie Deutschlands.

Lange, ehe der Mensch das Metall kennen lernte, diente ihm das Holz der Bäume und Sträucher zur Anfertigung der verschiedensten Gebrauchsgegenstände. Die Bearbeitung des Holzes ist deshalb uralt.

Die ersten zum Ackerbau notwendigen Geräte, wie Pflug, Egge, Wagen usw. wurden der Hauptsache nach aus Holz gefertigt. Ebenso waren manche zur Beschaffung und zur Befriedigung der Nahrungsbedürfnisse notwendigen Geräte aus Holz hergestellt. Eine weit größere Verwendung fand jedoch das Holz in der späteren Periode der Volkswirtschaft, beim Bau und der Einrichtung der Wohnungen und beim Bau der Schiffe, Brücken usw.

Die erste Verarbeitung des Holzes zum Zwecke seiner Brauchbarmachung erfolgte im Altertum in der einfachsten Weise. Die Stämme wurden mit einer primitiven Handhäge oder der Art gefällt, mühsam behauen, zerkleinert und zu Pfosten zerschnitten. Erst im Laufe des 14. und 15. Jahrhunderts wurde diese Art der Holzbearbeitung durch die zu jener Zeit entstehenden Sägemühlen allmählich verdrängt. Die Heimat der ersten Sägewerke ist Deutschland; es handelt sich hierbei um von Wasser oder Wind getriebene Sägepatter. Ihre weitere Verbreitung erfolgte jedoch erst langsam und noch im 17. Jahrhundert wurde ihrer Einführung in England heftiger Widerstand entgegengesetzt. Mehrere wichtige Erfindungen und Verbesserungen in der technischen Einrichtung der Sägewerke verschafften ihnen aber im Laufe der letzten Jahrhunderte immer mehr Eingang in allen Holz produzierenden Ländern.

Erst die Fortschritte des Sägemühlenbetriebes machten einen Aufschwung der übrigen Zweige der Holzindustrie, namentlich der Tischlerei und der Möbelfabrikation, möglich.

Die Verwendung von Holz zur Herstellung von Möbeln erfolgt seit Beginn des Mittelalters, bis dahin waren Marmor und Stein benutzt worden. Die Nische in der Wand diente als Schrank, ein Anker an der Wand als Bank, und der Tisch war aus Marmor.

Der fortschreitende Kunststimm verdrängte die Steinmöbel, Hand in Hand mit den technischen Neuerungen gingen die Errungenschaften des Kunstgewerbes, welches namentlich in der Renaissancezeit mit dem Handwerk in engster Verbindung stand. Die vielfachen Veränderungen und der mit den einzelnen Kunstepochen verbundene häufige Wechsel in den Stilarten, hatten naturgemäß auch mehr oder weniger große Umwälzungen in der Herstellungstechnik der Möbel zur Folge, die sich in der wirtschaftlichen Lage des Schreiner-Kunsttischlergewerbes insofern bemerkbar machten, als ihre Bedeutung und Blüte in den verschiedenen Ländern mit dem Aufkommen und Sinken der einzelnen Kunstepochen stieg und fiel. Nachdem der Glanz des deutschen Mittelalters verblühen, war lange Zeit hindurch Frankreich in der Möbelindustrie vorbildlich, seine Kunsttischlerei stand namentlich in Paris in höchster Blüte, und noch vor 30 Jahren gehörte zur vollendeten Ausbildung eines Schreinermeisters eine längere Beschäftigung in Paris. In den letzten drei Jahrzehnten ist dies anders geworden. Die deutsche Tischlerei steht in ihren technischen und künstlerischen Leistungen vollständig auf der Höhe der Zeit und hat heute eine internationale Bedeutung erlangt.

Auch die übrigen Industrien, die sich mit der Verarbeitung des Holzes befassen, wie Baumtischlerei, Schnitzerei, Drechselerei, Fassfabrikation, Stellmacherei, Spielwarenindustrie usw., haben sich zum Teil zu hoher künstlerischer Blüte entwickelt und die deutschen Erzeugnisse nehmen auf dem Weltmarkte eine hervorragende Stelle ein.

Nach der Gewerbezählung von 1895 waren in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe in 219914 Betrieben 598496 Personen beschäftigt, heute ist diese Zahl noch bedeutend größer. Die Ergebnisse der Gewerbezählung von 1907 liegen leider noch nicht vor.

Die Sägemühlen, deren Zahl im Jahre 1895 15446 betrug, in denen 66376 Personen beschäftigt waren, befinden sich vorwiegend unmittelbar an den Standorten oder in der Nähe der Holzproduktion. Als solche sind in Deutschland zu nennen: Bayern, Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen. Der Außenhandel in gesägtem Bau- und Nutzholz, Kanthölzer, Säge- und Schnittware, wird in der Reichsstatistik besonders angeführt und betrug im Januar in Tonnen (t): 1060 kg.

Jahre	Einfuhr	Ausfuhr
1891/1895	746 084	79 964
1896/1900	1 353 336	116 821
1901/1905	1 633 913	144 713

Die Einfuhr erfolgt hauptsächlich aus Oesterreich-Ungarn, Schweden, den Vereinigten Staaten von Amerika, Rußland und Finnland; die Ausfuhr geht nach England, Dänemark, Belgien und den Niederlanden.

Die Tischlerei und Parkettfabrikation zählte 126 948 Betriebe mit 299 195 beschäftigten Personen.

Der deutsche Außenhandel in Möbeln erstreckt sich hauptsächlich auf Möbel und Möb. Bestandteile aus hartem Holz sowie auf furnierte Möbel.

Während die Einfuhr vornehmlich in billiger Massenware besteht, kommen zur Ausfuhr hauptsächlich feinere Erzeugnisse der Möbelindustrie. Der Wettbewerb des Auslandes tritt namentlich in den Fabrikaten aus gehobener Holz zutage.

Der Außenhandel in Möbeln aus hartem Holz, Möbelbestandteilen und furnierten Möbeln gestaltete sich im Jahre 1905 folgendermaßen:

Einfuhr:	3 370 000 t
Ausfuhr:	2 916 000 t

Die Einfuhr ist also dem Gewicht nach größer als die Ausfuhr.

An der Einfuhr sind beteiligt Oesterreich-Ungarn und Amerika. Die Ausfuhr geht nach Holland, der Schweiz und nach England.

Teils mit, teils ohne Verbindung mit der Tischlerei kommt ein weiterer Zweig der Holzindustrie, die Dreh- und Schnitzwarenindustrie in Betracht.

Die Drechselerei, ein uraltes Gewerbe, hat sich als Kleinhandel nur in bescheidenem Umfang erhalten. Der Fabrikbetrieb, der einzelne Spezialitäten wie Stühle, Regale, Kugeln, Knöpfe und Käpfe herstellt, hat fast die gesamte Produktion an sich gerissen.

Die Schnitzindustrie hat ihren Hauptstützpunkt in der Heimarbeit. Bildhauerei, Tischhauerei, Gergottschneiderei und Spielwarenfabrikation, sind in Deutschland jedoch zu hoher Blüte gelangt und die deutschen Erzeugnisse haben im Auslande einen guten Ruf.

Seit es für diesen Industriezweig keine statistischen Angaben über Ein- und Ausfuhr. Groß ist die Ausfuhr nach Amerika und England.

Die deutsche Parkettindustrie, welche sich seit etwa 30 Jahren als selbständige Spezialität entwickelt hat, hat ihren Hauptsitz in Bayern, Sachsen, Berlin, Bielefeld und Oberschlesien. Ihre Bedeutung besteht in der Fabrikation unverleimter Parkettbretter, die auf jährlich 3-4 Millionen Quadratmeter geschätzt wird.

Die Böttcherei hat ihren Sitz vornehmlich in Hamburg, Bremen, Lübeck, in Rüdernberg und der Pfalz. Beinahe der gesamte Betrieb noch durchaus noch handwerklich ist, so hat auch der Fabrikbetrieb in neuester Zeit immer mehr Eingang gefunden.

Im Jahre 1895 wurden im Böttchergewerbe 30 743 Betriebe mit 43 005 beschäftigten Personen gezählt. Betriebe mit mehr als 50 Personen waren nur 21 vorhanden.

Die Böttcherei benutzt zur Herstellung ihrer Erzeugnisse vorwiegend Eichenholz, welches in der Hauptmenge aus Oesterreich-Ungarn eingeführt wird. Für Fässer geringere Qualität kommt auch deutsches Buchen-, Buchen- und Eichenholz in Betracht.

Im Jahre 1905 betrug die Einfuhr 305 Tonnen, die Ausfuhr dagegen 16 991 Tonnen.

Erwähnung verdient ferner noch die Klavierfabrikation, die Erad- und Saitenfabrikation, die Wagenbauerei.

Recht bedeutend ist endlich das Gewerbe der Kochmesser- und Kochschaber. Man unterscheidet hierin die grobe Kochmesser- und Kochschaber-Industrie, welche besonders im Industriebezirk und Bayern ausgebildet ist, und die feine Kochmesser- und Kochschaber-Industrie in Berlin.

Die Gesamtzahl der Betriebe betrug 1895 27 104 mit 37 614 beschäftigten Personen. Kleingewerbe und Handindustrie ist in diesem Industriezweig ausnahmslos vorhanden.

Der größte Teil der Waren wird ausgeführt. Die Einfuhr an feinen Kochmessern betrug im Jahre 1905 80 Tonnen, die Ausfuhr hingegen 1395 Tonnen.

Seit den bereits angeführten Zahlen über die Einfuhr von gefügtem Bau- und Nutzholz ist auch die Einfuhr an unverbundenem Bau- und Nutzholz recht bedeutend, die Einfuhr dagegen gering. Diese Einfuhr, die notwendig ist, um den zunehmenden holzverarbeitenden Industrien genügend Material zu stellen, steigt sich von Jahr zu Jahr. Während im Jahre 1902 der Wert des eingeführten Holzes erst 54 Mill. betrug, betrug er im Jahre 1906 auf 108 Millionen Mark.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstermine dieser Nummer der 12. Monatsbeitrag im Jahre 1909 für die Zeit vom 2. bis 8. Mai fällig ist.

Materialbeschaffungen richte man stets so ein, daß sie die höchsten Beschaffungspreise im Bezirke der Zentralstelle sind. Bei Beschaffungen kann man sich mit der Prüfung verschaffen werden und wird so manche Arbeit auch viel Freude gemacht.

Materialbeschaffungen können nicht erledigt werden, weil die Ortsangabe und Namensunterchrift fehlt.

Einige Zahlstellen, die noch nicht abgerechnet haben, werden in der nächsten Nummer der Zeitung veröffentlicht.

Verfassen unseres Verbandsorgans an die Mitglieder der ausländischen Bruderverbände. Die Mitglieder der ausländischen Bruderverbände, die bisher an den „Holzarbeiter“ von Köln aus zugesandt erhalten, machen wir darauf aufmerksam, daß sie denselben in Zukunft entweder bei der Post oder bei ihrer Zentralfstelle bestellen müssen.

Lohnbewegung.

Verbandsmitglieder! Trete keine Arbeitsstelle an, ohne Euch vorher bei der Verwaltung der zuständigen Zahlstelle zu erkundigen, gleich ob im Organ die Sperre über den Betrieb bekannt gegeben ist oder nicht.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralfstelle jede Woche vor Verhandlungsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Die Aussperrung im Ruhrgebiet paßt anscheinend dem Arbeitgeberbund selbst nicht mehr. In einer am Samstag, den 1. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr in Dortmund im königlichen Hofe stattgehabten Arbeitgeberversammlung wurde selbst von führenden Personen erklärt, daß die ganze Geschichte verpufft sei.

Die Kollegen der Firma Wm. J. Martin Fries sind ausgesperrt. Dies Beschlusses zeigt so recht, welche verheerenden Macht die Herren Unternehmer für sich und für ihre Arbeiter reklamieren. Seit unserer Lohnbewegung war am Samstag eine Stunde früher Feierabend mit Lohnabzug.

Die Kollegen der Firma Wm. J. Martin Fries sind ausgesperrt. Dies Beschlusses zeigt so recht, welche verheerenden Macht die Herren Unternehmer für sich und für ihre Arbeiter reklamieren. Seit unserer Lohnbewegung war am Samstag eine Stunde früher Feierabend mit Lohnabzug.

Die Kollegen in der Waggonfabrik H. Sachs u. S. Heidelberg. Den Maschinenführern wurde ein Lohnabzug von 10 bis 33% angekündigt. Infolgedessen haben sämtliche Maschinenführer die Kündigung eingereicht.

Berichte aus den Zahlstellen.

Zentralfabrik (Soll). Wir sind in der letzten Zeit nicht unruhig gewesen. Am 6. März hatten wir eine Versammlung ab, in welcher beschlossen wurde, am 23. März eine Werkstattversammlung abzuhalten für Bau- und Möbelschleifer.

Die Kollegen in der Waggonfabrik H. Sachs u. S. Heidelberg. Den Maschinenführern wurde ein Lohnabzug von 10 bis 33% angekündigt. Infolgedessen haben sämtliche Maschinenführer die Kündigung eingereicht.

Die Kollegen in der Waggonfabrik H. Sachs u. S. Heidelberg. Den Maschinenführern wurde ein Lohnabzug von 10 bis 33% angekündigt. Infolgedessen haben sämtliche Maschinenführer die Kündigung eingereicht.

Von jetzt ab finden die Versammlungen Montags abends 8 1/2 Uhr statt. Die nächste ist am 8. Mai im Stadthaus.

Elberfeld-Barmen. Zu dem Gesetzentwurf betreffend die Vertretung der Arbeiter in den Betrieben der öffentlichen Betriebe, der Forderungen der Christl. Arbeiterschaft von Elberfeld und Barmen zum Arbeitskammergesetz wurden in folgender Resolution zum Ausdruck gebracht.

Hannover. Die dem Kartell der christlichen Gewerkschaften angehörenden Ortsgruppen haben zu dem gegenwärtigen Entwurf der Arbeitskammervorlage Stellung genommen und erklären: „Die christlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen erstreben die Schaffung paritätischer Arbeitskammern.“

Hagen. Das Sorgehen des Arbeitgeberbundes hat auch Hagenen Arbeitgeber auf den Plan gerufen. Die Tagespresse berichtet: „Mit dem Holzarbeiterstreik beschäftigte sich eine Versammlung in Frage kommende Arbeitgeberorganisation.“

Godesberg. Die Zeit schlappen Geschäftsganges nutzen mal Arbeitgeber aus, um Lohnreduzierungen und sonstige Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses vorzunehmen.

Göppingen. Ueber die Aufgaben der christl. Gewerkschaft im Wirtschaftsleben referierte in einer anerkennenswerten Weise die Agitationsversammlung in Domburg unser Bezirksleiter Kollege Rud. Stüttgen.

Die Kollegen in der Waggonfabrik H. Sachs u. S. Heidelberg. Den Maschinenführern wurde ein Lohnabzug von 10 bis 33% angekündigt. Infolgedessen haben sämtliche Maschinenführer die Kündigung eingereicht.

selben, durch Schaffung gesunder Verhältnisse tätig zu sein, möge sich jeder angelegen sein lassen. Der Vorstand des katholischen Arbeitervereins Herr Göpp, ermunterte die Anwesenden zu eifriger Agitations- und Aufklärungsarbeit und wies auf eine demnächst abzuhaltende allgemeine Kartellversammlung hin. In seinem Schlusswort wies Kollege Müd darauf hin, daß es Pflicht aller Berufscollegen sei, nicht nur einzelne für die Arbeiterinteressen arbeiten zu lassen, sondern daß alle Mann für Mann, nach dieser Richtung tätig sein müßten. Eintritt in den Verband und weitere Stärkung desselben müsse die Parole sein. Dankesworte des Vorsitzenden an den Referenten, die Diskussionsredner und an die zahlreich erschienenen Göppinger Kollegen schlossen die interessante Versammlung.

Vorholt. Am Sonntag, den 2. Mai fand hier eine stark besuchte öffentliche Versammlung statt. Einberufen war dieselbe vom christl. Gewerkschaftskartell. Reichstagsabgeordneter C. M. Schiffer (Düsseldorf) referierte über das Thema: „Die soziale Gesetzgebung der neueren Zeit“. Die Ausführungen des Redners wurden mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt und vielfach mit zustimmendem Beifall begleitet. Zum Schlusse wurde einstimmig folgende den Arbeitskammergesetzentwurf betreffende Resolution angenommen: „Die heute im Saale des kath. Arbeitervereins, von über 500 Personen besuchte Versammlung nimmt von dem Entwurf eines Arbeitskammergesetzes nach den Beschlüssen der Reichstagskommission, trotzdem darin nicht alle Forderungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft Berücksichtigung fanden, zustimmend Kenntnis. Die Versammlung stellt mit besonderer Befriedigung fest, daß die Reichstagskommission die Wählbarkeit solcher Personen in die Kammer beschlossen hat, die als Vorstände oder Beamte der beruflichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen tätig sind. Die Wählbarkeit dieser Personen entspricht der sozialen Gerechtigkeit gegen Arbeiter und Handwerker sowie dem Erfordernis, die Kammern praktisch brauchbar und arbeitsfähig zu gestalten. Die Versammlung richtet an den Reichstag das dringende Ersuchen, unter keinen Umständen in eine Wiederbefestigung der die Wählbarkeit der Vorstehenden oder Beamten der beruflichen Organisationen ermöglichenden Bestimmungen zu willigen, weil sonst das Interesse und das Vertrauen der Arbeiterschaft im Lande an dieser Institution erschüttert werde.“

Fulda. Am 29. April fanden hier die Vertreterwahlen zur allgemeinen Krankenkasse statt. Die Holzarbeiter wählten in der dritten Abteilung und gaben zum ersten Male die Parole aus, nur organisierte Kollegen zu wählen. Die von uns aufgestellten Kollegen wurden denn auch mit 9 Stimmen Mehrheit als Vertreter gewählt. Interessant war, daß langjährige Mitglieder des soz. Holzarbeiterverbandes mit den unorganisierten Arm in Arm marschierten. Somit werden die Unorganisierten als die schlimmsten Gegner hingestellt. Es ist gut, daß wir mit den unorganisierten Vertretern einmal reinen Tisch gemacht haben. Zu Leuten, die nicht gewillt sind, für ihren Stand Opfer zu bringen, können wir unmöglich das Vertrauen haben, daß sie in der Krankenkasse unsere Interessen wahrnehmen. Einer der Segenandidaten hatte sich geäußert, er organisierte sich nicht, weil er sonst Nachteile in seinem Arbeitsverhältnis zu befürchten habe. Daß solche Arbeiter sich auch dann fürchten, wenn sie mit den Arbeitgebern zusammen sitzen in der Krankenkassenvertretung ist selbstredend. Damit ist aber den Arbeiterinteressen nicht gedient. Mögen die Arbeiter in Fulda durch eifrige Agitation dafür sorgen, unsere Gewerkschaften so zu kräftigen, daß sie in der Lage sind, bei allen Vertreterwahlen in Zukunft den organisierten Kollegen zum Siege zu verhelfen.

Krankengeldzuschußkasse.

Die Verwaltungsstellen, welche noch nicht abrechneten, mögen dies umgehend besorgen.

Gewerkschaftliches.

Der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands veröffentlicht in der Nr. 17 seines Verbandsorgans „Der Deutsche Metallarbeiter“ die Jahresabrechnung für das Jahr 1908. Die Einwirkung der Krise spiegelt sich auch in den veröffentlichten Zahlen der Abrechnung wieder, besonders in der kolossalen Steigerung der Arbeitslosenunterstützung. Dieselbe ist von 7001 Mk. im Jahr 1907 auf 52 508 Mk. im Jahre 1908 gestiegen. Eine ähnliche Steigerung weist auch die für Krankenunterstützung bezahlte Summe auf, die von 71 228 Mk. auf 120 196 gestiegen ist. Ebenso weisen die für die anderen Unterstützungen bezahlten Summen überall eine Steigerung auf mit Ausnahme der Streikunterstützung, was in einem Krisenjahr wie 1908 erklärlich ist.

Trotz dieser hohen Anforderungen, die in finanzieller Beziehung an den christlichen Metallarbeiterverband im vorigen Jahre gestellt worden sind, ist es ihm doch noch möglich gewesen, sein Vermögen um rund 127 000 Mk. zu vergrößern. Dasselbe ist von 585 352 Mk. Ende 1907 auf 712 610 Mk. am Schluß des Jahres 1908 gestiegen, davon in der Hauptkasse 660 313 Mk. Diese Tatsache ist um so beachtenswerter, da der sozialdemokratische Metallarbeiterverband im vorigen Jahre eine Vermögensabnahme von 2 Mk. pro Kopf seiner Mitglieder zu verzeichnen hat, während der christliche Metallarbeiterverband sein Vermögen um 5 Mk. pro Kopf seiner Mitglieder steigern konnte. Das zeugt von einer vermünftigen und umsichtigen Finanzwirtschaft im christlichen Metallarbeiterverband.

An-Einnahmen sind in der Abrechnung verzeichnet 4092,80 Mark Eintrittsgelder, 641 852,82 Mark an Beiträgen und 27 379,76 Mark Zinsen und sonstige Einnahmen, insgesamt 673 325,38 Mk. Die Ausgaben setzen sich zusammen aus folgenden Summen: Wanderunterstützung 6294,30, Umzugsunterstützung 3643,70, Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit 120 195,68 bei Arbeitslosigkeit 52 508,08, Streikunterstützung 29 506,63, Unterstützung bei Maßregelung 8794,48, Unterstützung bei Sterbefällen 2355, Rechtschutz 2503,13 besondere Unterstützungen 528 Mk., für Bildungszwecke sind 9841,85 Mark ausgegeben, für das Verbandsorgan „Der Deutsche Metallarbeiter“ 37 613,79 Mk. Beiträge an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften inklusive Pensionsfonds 6500 Mk., Anteil der Zahlstellen 181 417,60 Mk., Agitation Bezirksleitung 40 900,45 Mk., Generalversammlungen und Konferenzen 8477,78 Mk., Verwaltungskosten 33 099,85 Mk. Das Vermögen nur der Hauptkasse auf den Kopf der Mitglieder berechnet ergibt einen Bestand von 27,15 Mk.

pro Mitglied, während die sozialdemokratische Konkurrenzorganisation, der deutsche Metallarbeiterverband, auf den Kopf seiner Mitglieder nur einen Bestand von 9,32 Mk. aufweist. Das ist verhältnismäßig nur etwas mehr als ein Drittel des Vermögens des christlichen Metallarbeiterverbandes. Da bei den gewerkschaftlichen Organisationen nicht nur die Mitgliederzahl, sondern vor allem die Finanzkraft derselben den Ausschlag gibt, so sind die Interessen der Metallarbeiter im christlichen Metallarbeiterverband zweifellos besser gewahrt als wie im sozialdemokratischen. Der christliche Metallarbeiterverband gewährt somit seinen Mitgliedern durch seine Unterstützungsleistungen eine weitgehende Hilfe in den verschiedensten Notlagen des Lebens und durch seine Finanzkraft einen starken Rückhalt gegenüber den Arbeitgeberorganisationen.

Lepper, Ritzmann und Ballmann sind die Namen der Gründer einer „Evangelischen Gewerkschaft Deutschlands“, welche letztere in Düsseldorf ihre Tätigkeit begonnen hat. Vor der Gründung des neuen Unternehmens waren die Genannten Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter, zu dem Ritzmann und Ballmann aus dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverbande übertraten. — Grund für die Neugründung der drei, soll sein, Inparität, sowie „der immer mehr zum Vorschein kommende katholische und zentrierte Charakter der christlichen Gewerkschaften“. Besonders soll das in Düsseldorf zutreffen, wo man einfach — man höre — keinen Kartellbeamten evangelischer Konfession angestellt hat. Ein schwerer Fall; eine Belastungsprobe auf die Ueberzeugungstreue, der zur schnellen Verhütung gekommenen drei!

Wir haben uns bislang mit den Vorgängen in Düsseldorf nicht beschäftigt, weil das Ausscheiden der drei aus unserem Verbands und der christlichen Gewerkschaftsbewegung überhaupt, keinerlei Bedeutung hat. Daß faule Äste vom Baum fallen, ist ebenso natürlich, wie der Austritt von Mitgliedern aus der Organisation, die hier nicht auf ihre Rechnung kommen. Eine Staatsaktion wie Hirsch-Dunckerche und sozialdemokratische Blätter hinter den Vorgängen suchen, ist die Angelegenheit keineswegs. Die Freude an ihren Schülern wird den genannten Blättern schon vergehen.

Die christlichen Gewerkschaften werden den Ausgetretenen keine Träne nachweinen. Leute, deren „Ueberzeugungstreue“ aus dem geringsten Anlaß in die Brüche geht, sind gewiß nicht die besten Vertreter der Ideen der christlichen Gewerkschaften. Selbst dann, wenn einem evangelischen Kollegen bei der Besetzung der Kartellbeamtenstelle Unrecht getan wäre, hätte man von charaktervollen christlichen Gewerkschaftlern erwarten können, daß sie die Sache nicht mit der Person vermengten. Wenn das Lepper, Ritzmann und Ballmann nicht begreifen können, ist ihnen nicht zu helfen. Wir wünschen ihnen, daß sie in der neugegründeten „Evangelischen Gewerkschaft“ besser ihren persönlichen Neigungen Rechnung tragen können.

Den Anlaß zum Austritt aus dem Verbands scheint Ritzmann gegeben zu haben. Dieser hatte sich um die Kartellbeamtenstelle beworben, dieselbe jedoch nicht erhalten, weil er, wie angeführt wird, „evangelisch“ ist. Die eigentlichen Gründe für die Nichtanstellung Ritzmanns dürften jedoch in seiner Person zu suchen sein. Durch seinen Austritt aus dem Verbands hat er ja keine „Ueberzeugungstreue“ in bestem Lichte gezeigt und damit bewiesen, daß er der Allerungeeignteste für den Posten war. Ritzmann ist erst am 1. April 1906 zu unserem Verbands übergetreten und hat insgesamt im Verbands 143 Beiträge geleistet. Boredem war er mehrere Jahre Mitglied des soziald. Verbandes. Schon bevor die Wahl des Düsseldorfer Kartellbeamten getätigt wurde, hat Ritzmann geäußert, daß falls bei der Wahl ihren Wünsche nicht entsprochen würde, trete er neben Lepper und Ballmann aus. Ritzmann gehört zu denen, die sich gern in den Vordergrund drängen und am liebsten sich selbst reden hören. Er magte wohl „große Töne“, sollte er in der Zahlstelle aber die Hausagitation mitmachen, oder Vertrauensmann werden, dann war er krank oder verreist, oder hatte in seinem Arbeiterverein „etwas sehr wichtiges zu tun; sonst sehr gerne“. — Im März 1908 wandte sich Ritzmann an den Zentralvorstand um eine Beihilfe zur Teilnahme an dem von den evangelischen Arbeitervereinen abgehaltenen sozialen Kursus zu erlangen. Damals schrieb er:

„Ich halte es für unbedingt nötig, daß endlich auch hier in Düsseldorf unsere christliche Gewerkschaftsidee in evangelische Arbeiterkreise energisch propagiert wird. Leider fehlt es an geeigneten Leuten hierzu völlig. Es würde unseren christlichen Organisationen und unserem Verbands in besonderen nur von Vorteil sein, wenn der Vorstand mir eine entsprechende Beihilfe zu meinen Kurskosten bewilligte. — Wie Ihnen bekannt, bin ich vor zwei Jahren in unseren Verbands eingetreten, nachdem ich vorher lange Jahre im Deutschen Holzarbeiterverbande Mitglied war. In unserer Zahlstelle bin ich jetzt 2. Vorsitzender, Kartelldelegierter, Mitglied des sozialen Ausschusses.“

Der Vorstand hat sich dann auch bewegen lassen, Ritzmann eine Beihilfe von 40 Mk. zur Teilnahme am Kursus zu raffen zu gewähren. Wie Figura zeigt, hat der Verbands trotz des nunmehr „gereinigten Namens“ nichts gewonnen. — Warum haben die Düsseldorfer auch nur Ritzmann nicht als Kartellbeamten genommen?

Lepper ist keines Zeichens evangelischer Arbeitersekretär. Zum Beweise, daß er „eine Stütze der christlich-nationalen Arbeiterbewegung“ sei, ließ er sich bereits am 13. Sept. 1907 in den Verbands aufnehmen und leistete seit dieser Zeit 67 Beiträge. Die Kenntnis Leppers von der Gewerkschaftsbewegung ist nicht weit her, doch muß anerkannt werden, daß er bei den Arbeiten in der Zahlstelle guten Willen bekundet. Unsere Düsseldorfer Kollegen sind der Ansicht, daß, wenn Lepper Arbeitersekretär bleiben resp. keine Stelle sichern wollte, er aus dem Verbands austreten mußte. Das evangelische Arbeitersekretariat wird in der Hauptsache von Judasbrütern unterhalten, und letztere sind durchweg Gegner der christlichen Gewerkschaften. Es scheint auch sehr, als ob die Gründung der „Evangelischen Gewerkschaft“ ebenfalls von jenen Sekten unterhalten würde.

Ballmann ist am 1. Juni 1906 zu unserem Verbands übergetreten, nachdem er vorher drei Jahre dem sozialdem. Verbands angehörte. Er hat sich mehr wie die beiden anderen namentlich in der Stellmachersektion betätigt und scheint von jenen mitgerissen zu sein.

Nach Aussagen Ritzmanns sind 25—30 Mitglieder aus unserer Düsseldorfer Zahlstelle ausgetreten. Das trifft jedoch nicht zu. Es ist bei dem Austritt der drei Gründer der evangelischen Gewerkschaft geblieben. — Hoffentlich erreicht Ritzmann durch die Gründung der letzteren Organisation bald, daß er „freigestellter Gewerkschaftsfunktionär“ wird. Wir wünschen ihm viel Glück dazu. Mögen ihm seine Getreuen hilfreiche Hand leisten. Sollten alle Kräfte jedoch versagen, dann mögen die gewerkschaftlich Schiffsbrüchigen alsbald jenen Gestaden zusteuern, allwo sich Hirsch-Dunckeraner, Gelbe, Werbervereinler und von Unternehmer sorgsam gepflegte Indifferente nationaler Couleur einträchtig zusammengefunden. Man erwartet sie dort schon längst.

Der Reichsverband deutscher Klein- und Lokalarbeiter hat sich auf seiner vom 19. bis 21. April in Dortmund abgehaltenen Generalversammlung nach einem Vortrage des Kollegen Stegerwald dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angeschlossen. Dem Verbands sind gegenwärtig 17 Ortsvereine angeschlossen mit rund 1200 Mitgliedern. Die Organisationsverhältnisse der Gasthausangestellten liegen noch sehr im Argen. Es ist daher Aufgabe der christlichen Gewerkschaften, dem nunmehr angeschlossenen Verbands zu seiner Ausbreitung nachdrücklich behilflich zu sein. Auskunfts erteilt und Orientierungsmaterial versendet die Zentralstelle des Verbandes: Hannover, Holzmarkt Nr. 7.

Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter. Die „Baugewerkschaft“ veröffentlicht in Nr. 16 die finanziellen Ergebnisse für das 2. Halbjahr 1908. Bei Mithberücksichtigung der Ergebnisse des 1. Halbjahres ergibt sich für das Jahr 1908 das folgende finanzielle Gesamtbild: In den Verwaltungsstellen betragen die Einnahmen an

Eintrittsgebühren	7 014,— Mk.
Wochenbeiträgen	591 853,52 „
Extrabeiträgen	9 313,55 „
Zuschlagsbeiträgen	572,75 „
Agitations- und Lokalfondsbeiträgen	37 072,55 „
Sonstige Einnahmen	15 055,19 „
Sa.	660 881,56 Mk.

Die Ausgaben der Verwaltungsstellen betragen

An die Hauptkasse	464 737,47 Mk.
Ausgaben für lokale Bedürfnisse	176 722,26 „
Sa.	641 459,73 Mk.

Der Kassenbestand in den Verwaltungsstellen betrug am 31. Dezember 1908: 124 583,62 Mk.

Die Hauptkasse hatte im Berichtsjahre eine Gesamteinnahme von 826 569,48 Mk. (einschließlich eines vom Vorjahre übernommenen Kassenbestandes von 337 824,27 Mk.) Die Gesamtausgaben der Hauptkasse betragen 372 208,12 Mk. Von den einzelnen Ausgabe-posten sind besonders hervorzuheben: Für Verbandsorgane (deutsch, polnisch, italienisch, jiddisch) an Druck, Redaktion u. Postkosten 54 101,72 Mk. Rechtschutz 4 600,12 „ Krankenunterstützung 28 580,65 „ Sterbeunterstützung 9 952,— „ Streikunterstützung 97 304,41 „ Maßregelungsunterstützung 3 903,36 „ Für Agitation, Sekretariate und Zuschüsse 100 566,83 „

Den Rest der Ausgaben entfällt auf die Verwaltung, Bureaukosten, Einrichtung, Porto, Telegramme, Buchhandel, Bibliothek, Beitrag zum Gesamtverband, Versicherungsbeiträge usw.

Das am 31. Dezember 1908 vorhandene Gesamtvermögen betrug 583 089,71 Mk. gegen 452 011 Mk. am Schluß des Jahres 1907; mithin eine Vermögenssteigerung um über 130 000 Mk. Von dem Vermögen waren in der Hauptkasse 454 361,36 Mk., in den Verwaltungsstellen 124 583,62 Mk., in den Bezirkssekretariaten 4 144,73 Mk.

Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter zieht in Nr. 16 der „Textilarbeiter-Zeitung“ seine finanzielle Bilanz für das Jahr 1908. In anbetragt des Umfandes, daß die Textilbranche stark von der allgemeinen Wirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogen wurde, sind die finanziellen Ergebnisse des Verbandes günstige zu nennen. Dies umsomehr, als die ungünstige Wirtschaftslage mit der Beitragserhöhung zusammenfiel und all dies einen verhältnismäßigen Mitgliederverlust im Gefolge hatte.

Das finanzielle Gesamtergebnis ist folgendes: Einschließlich eines übernommenen Vermögensbestandes von 376 025,53 Mk. betrug im Jahre 1908 die Gesamteinnahme 933 749,98 Mk., der eine Gesamtausgabe von 455 484,19 Mk. gegenübersteht. Am Ende des Berichtsjahres betrug mithin das Gesamtvermögen 478 265,79 Mk.

Während die Einnahmen der Zentralkasse gegenüber dem Vorjahre um 4% gesunken sind, haben sich im allgemeinen die Einnahmen auf der Höhe des Vorjahres gehalten.

Die Maßregelungsunterstützung liegt von 5984 Mk. im Jahre 1907 auf 12 985 Mk. im Berichtsjahre; ein Beweis, wie von Unternehmenseite die ungünstige Wirtschaftslage gegen die organisierten Arbeiter ausgenutzt wurde. Die Krankenunterstützung betrug 86 452 Mk. gegen 67 455 Mk. im Jahre 1907. Auch die Ausgaben für Sterbeunterstützung haben sich rändig stark vermehrt. In nahezu 50% der Fälle war Tuberkulose die Todesursache. Neu eingeführt wurde die Arbeitslosenunterstützung, doch tritt diese Unterstützungsart in der Abrechnung für 1908 noch nicht in die Erscheinung. In den letzten 4 Jahren leistete der Verbands insgesamt an Unterstützungen: Streikunterstützung 509 242 Mk., Maßregelungsunterstützung 34 859 Mk., Krankenunterstützung 208 595 Mk., Sterbeunterstützung 30 190 Mk., Rechtschutz 69 15 Mk., Reise- und Umzugsunterstützung (in den letzten 2 Jahren) 41 05 Mk., Insummen 728 506 Mk.

Die großen Schwierigkeiten, die dem Verbands aus der Ungunst der Wirtschaftslage und der inneren Reorganisation entstanden, sind zwar noch nicht vollkommen überwunden, aber ein Blick auf vorstehenden Bericht zeigt hinreichend, daß die Position des Verbandes fest genug ist, um die entgegenstehenden Hindernisse zu überwinden.

Soziale Rundschau.

Die innere Organisation der Krankenkassen soll nach dem Entwurf einer Reichsversicherungsordnung gegenüber dem bisherigen Zustande folgende Umänderung erfahren.

An die Stelle der Generalversammlung tritt ein gewählter Kassenausschuß mit höchstens fünfzig Mitgliedern. Dieser Ausschuß und der Vorstand der Krankenkasse haben die Angelegenheiten der Krankenkassen wahrzunehmen. Bei der Landkrankenkasse kann durch die Satzung von der Bildung eines Ausschusses abgesehen, auch die Wahrnehmung der Geschäfte des Vorstandes dem Kassenvorsitzenden allein übertragen werden. Vorstand und Ausschuß aber werden nach der Vorlage aus Arbeitgeber und Versicherten zu gleichen Teilen zusammengesetzt, jedoch die bisherige Drittelung in der Zusammenfassung der Krankenkassenorgane, von denen zwei Drittel auf die Versicherten entfielen, beibehalten werden sollen. Dementsprechend sollen auch in Zukunft die Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge aufbringen. In den Betriebskrankenkassen repräsentiert der Betriebsunternehmer oder sein Vertreter die Hälfte der Stimmen in Vorstand und Ausschuß. Er führt auch den Vorsitz in beiden Körperschaften. Bei den Innungskassen bestellt die Innung den Vorsitzenden und Stellvertreter selbst, während bei der Landkrankenkasse Vorsitzender und die weiteren Mitglieder des Vorstandes durch den zuständigen Kommunal- oder Zweckverband bestellt werden. Bei Orts-, Betriebs- und Innungskassen werden Ausschuß und Vorstand nach dem Verhältniswahlsystem gewählt; Versicherte und Arbeitgeber wählen diese Vertreter getrennt aus ihrer Mitte, und zwar wählt der Ausschuß den Vorstand in derselben Weise. Die Vorstandsmitglieder der Ortskrankenkasse wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden des Vorstandes. Gewählt ist derjenige, auf welchen die Mehrheit der Stimmen sowohl der Arbeitgeber wie auch der Versicherten im Vorstände fällt. Kommt die Wahl bei dieser Mehrheit nicht zustande, so ist zur Vornahme der Wahl eine zweite Sitzung des Vorstandes auf einen andern Tag anzuberufen. Kommt auch dann keine Wahl zustande, so bestellt das Versicherungsamt einen Vertreter. Auch kann es statt dessen ein Mitglied des Kassenvorstandes mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vorsitzenden betrauen, immer aber nur für die Zeit der Bilanz des Vorsitzendenpostens; wird letzterer später gewählt, fällt das Mandat des Stellvertreters.

Zur Frage dieser Neuordnung der innern Organisation der Krankenkassen, speziell der Zusammenfassung des Vorstandes und Ausschusses aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen wird aus uns Arbeitgebern gesprochen:

Man sollte glauben, in der dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung beigegebenen Begründung habe man einwandfreies Material für die Notwendigkeit der Vertretung des Stimmrechts in den Krankenkassen beigebracht. Das ist aber nicht der Fall. Man redet zwar in der Begründung zum Entwurf von den bekannten Eingriffen des Kapitals in die partizipativen Zwecke, man aber gesehen, daß die vom Reichsamt des Innern zur Beratung des Entwurfs zugezogenen Arbeitgebervertreter in den Kassenvorständen des Reichsverbandes partizipativer Kapitale innerhalb der Verwaltung ihrer Kasse maßgeblich in der Hand geblieben. Die partizipativen Kapitale, denen Eingriffe und unangenehme Beurteilung nicht abgesprochen werden können, liegen aber anders aus. Wenn man aber auch von der Frage absteht, in welchem Maße die Kassen bei der Verwaltung der Kasse bereits vorgekommen" seien, müßte man doch an die Notwendigkeit denken, Mittel zu schaffen, um solchen Eingriffen vorzubeugen, was bei dem geltenden Recht nicht möglich sei. Dazu sei das Selbstverwaltungsrecht der Kassen ein zu geringes.

Das ist alles, was die Begründung des Entwurfs zu sagen weiß. Es wird der Regierung auch im Parlament der Entwurf nicht erwidert bleiben, daß man mit so wenigem Material einen solchen Entwurf in die bisherigen Zustände nicht wird begründen können. Die gewählten Arbeiter werden nicht bestimmen, auf ihren demnachstigen Gewerkschaften zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Aber auch die anderen Kreise der Bevölkerung haben ein Interesse daran, daß diese Art Reform genau ausgeführt wird. Bis jetzt waren die Krankenkassen bei den Arbeitgebern beliebt und waren kaum ein mißliches soziales Versicherungsinstitut. Das hat sich durch die Umänderung der Kassen kein Wandel eintrug liegt im öffentlichen Interesse.

Zu derselben Frage erhalten wir ferner folgende Zuwendung, die die ganze Angelegenheit aus dem Standpunkte der Arbeitgeber beleuchtet. Es heißt hier:

Mit der beabsichtigten Leitung des Verwaltungsrechts bei den Krankenkassen und der Befreiung der Beiträge läßt die Regierung den Arbeitgeber einen schmerzlichen Dienst; denn — das hat wohl jeder gesehen — die übergrößen Reichheit der deutschen Arbeitgeberklasse vertritt nicht die Ansicht, daß die Leitung des Verwaltungsrechts eine politische Notwendigkeit und die Befreiung von 15 Millionen Mark des Jahr auf die Arbeitgeber gegen den Willen der Kassenbeitragszahler erforderlich ist. Wenn auch bei einzelnen Umständen einmal Rücksicht auf gezeigt haben, so wird damit noch immer nicht die Notwendigkeit bewiesen, darauf mit einer so tief eingegriffenen Befreiung des Verwaltungsrechts der Arbeitgeber zu verzichten. Es wäre auch geradezu unerwünscht, wenn nicht bei 4731 Ortskrankenkassen, die im Jahre 1907 vorhanden waren, hier und da Übergriffe vorkämen. Die Befreiung der Krankenkassen müßte nicht aus Rücksicht bestehen, wenn nicht bei ihnen maßgebende Hauptinteressen geradezu wie bei politischen und gewerblichen Verwaltungsorganen sich geltend machen könnten. Durch die beabsichtigte Befreiung des Verwaltungsrechts müßte die Gefahr heraufbeschworen, daß eine mit dem Willen der Arbeitgeber der Krankenkassen nicht entsprechende Kampfbereitschaft in die Organisation hineingetragen wird, wobei es nicht nur für die Arbeitgeber, sondern auch für die Arbeiter der Kassen ein großes Interesse wäre, daß die Arbeiter der Kassen in der Verwaltung der Kassen eine größere Rolle spielen, als bisher.

Verpflichtungsvorgesehen. Es steht aber zu befürchten, daß die Versicherungsämter häufiger in die Lage kommen werden, das entscheidende Wort zu sprechen, als lieb sein wird. Auch das wäre notwendig zu den schlimmsten Verwässerungen innerhalb der Kassenverwaltung führen, wenn der aufzubringende Beitragende oder Beamte wohl in den seltensten Fällen mit der gewählten Verwaltung Hand in Hand arbeiten könnte.

Alles in allem genommen bin ich der Ansicht, daß die beabsichtigte Reform des Verwaltungsrechts viel größere Mängel und Unzulänglichkeiten schaffen wird, wie sie die bisherige Verwaltungsorganisation gezeitigt hat, und daß obendrein noch eine derartig schmerzliche bürokratische Verwaltung einreisen muß, daß darunter die Interessen der ganzen Versicherung und der soziale Frieden leiden müssen.

Jedenfalls wird die Frage der innern Organisation der Krankenkassen recht gründlich und leidenschaftlos besprochen werden müssen, bevor hier eine Entscheidung getroffen wird.

Sterblichkeit und Alkoholberufe. In den monatlichen Mitteilungen der Leipziger „Lebensversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit“ vom März d. J. finden sich u. a. darüber folgende Ausführungen: „In Berufen, mit denen die Gelegenheit zum Alkoholenuss und die Versuchung, sich ihm hinzugeben, verbunden ist, wie z. B. im Berufe der Gastwirte, Hoteliers, Winzer, Weinhandlender, Brauer, Destillateure, Restaurateure und in anderen „Alkoholberufen“, ist nach den Erfahrungen der Lebensversicherungs-Gesellschaften regelmäßig eine besonders große Sterblichkeit zu erwarten. Auch unsere Gesellschaft hat leider die Erfahrung machen müssen, daß ihre in Alkoholberufen beschäftigten Versicherten ständig einer erhöhten Sterblichkeitsgefahr unterliegen. In dem Zeitraum von 1886 bis 1899 z. B. sind unter den in Alkoholberufen tätigen Versicherten der Gesellschaft rund 44 Proz. Todesfälle mehr eingetreten, als nach der sonst beobachtenden Sterblichkeit des erwähnten Zeitraumes mit Berücksichtigung des Alters und der Versicherungsdauer (von der ärztlichen Untersuchung abgesehen) erwartet werden konnten. Da nun die Gesellschaft bei der Aufnahme von Personen aus den Alkoholberufen von jeher besonders vorsichtig war, so rechtfertigt das trotzdem eingetretene ungünstige Resultat zweifellos eine Prämienenerhöhung bei allen den Personen, die der Gefahr eines häufigen oder übermäßigen Alkoholenusses durch ihren Beruf ausgesetzt sind.“

Aus Arbeitgeberkreisen.

Die 7. Generalversammlung des Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe findet am Montag, den 7. und Dienstag den 8. Juni in Berlin im „Lehrervereinshaus“, Alexanderstr. 41 statt. Die vorläufige Tagesordnung enthält folgende Verhandlungsgegenstände. 1. Geschäftsbericht des Vorstandes; 2. Unsere Tarifpolitik; 3. Der Arbeitskammer-Gesamtentwurf; 4. Reisebericht; 5. Die Reform der Arbeiterversicherung; 6. Anträge aus den Bezirksverbänden; 7. Rassenbericht und Feststellung der Entschädigungsquote pro 1909; 8. Genehmigung des Haushaltsplanes; 9. Verschiedenes.

Der Schahverband der Klavierindustriellen Westdeutschlands, welcher im Jahre 1905 gegründet worden ist, hielt, wie wir der „Zeitschrift für Instrumentenbau“ entnehmen, am 19. April in Gagen i. B. seine 5. Jahresversammlung ab. Er umfaßt die meisten und bedeutendsten Firmen der Klavierbranche von Westdeutschland und hat sich zum Zweck gesetzt, bei Wahrnehmung der gerechten Interessen seiner Mitglieder ein gebrüderliches Verhältnis zwischen Fabrikanten und Arbeitern zu fördern.

Der Vorsitzende des Verbandes, Herr Bach-Barmen, erläuterte nach Begründung der Geschäftsmomente den Jahresbericht. Er entwarf über die Verhältnisse des verfloffenen Jahres ein anschauliches Bild und konstatierte mit Genehmigung, daß dem Klaviergewerbe Lebenskämpfe erspart geblieben sind.

Die Kassenverhältnisse des Verbandes erfreuen sich nach dem Bericht des Kassierers Herrn Gratian-Braunschweig eines günstigen Standes; es ist wieder ein bedeutender Vermögenszuwachs zu verzeichnen, und in ernstlichen Zeiten ist der Verband in der Lage, auch materiell für seine Mitglieder einzustehen.

Die nächstjährige Generalversammlung soll in Dortmund (Hotel Lindenhof) stattfinden.

Um eine engere Teilnahme zu erzielen, ist beschlossen worden, die Frühkosten (II. Klasse) sämtlichen Besuchern derselben zu erlassen.

Aus dem gewerblichen Leben.

Prinzipale Pianofabrik U. S. vorm. S. Rand in Coblenz. Am 30. März fand eine außerordentliche Hauptversammlung dieser Gesellschaft statt mit der Tagesordnung: „Wahl des Aufsichtsrates“. Den Vorsitz führte Geh. Kommerzienrat Boog-Straßwald. Nach einem Berichte der „Koblenzer Volkszeitung“ sah die Sache so aus, daß die im Besitze der Frau Rand befindlichen Aktien nicht ausbezahlt werden feien, sondern er (Boog) habe eben einen Schuldschein, der in den Jahren 1910 und 1911 fällig sei, etwa die Hälfte des Aktienbetrages abgetreten. Er habe ferner die rund eine halbe Million Mark betragende Schuldschulden, welche in diesem Jahre fällig geworden wäre, auf zehn Jahre verlängert und zwar mit vierteljährlicher Abschlagszahlung von 5000 Mk. Dem Aufsichtsrat gehe es hauptsächlich darum, mit Herrn Direktor Paul Kappler nicht mehr zusammenzuarbeiten. Da er (Boog) aber noch ein Interesse von 700000 Mk. an der Gesellschaft habe, habe der Aufsichtsrat beschlossen, Herrn Direktor Kappler einen längeren Aufsichtsratsmitglied zu bewilligen, um so mehr, als dieser Herr das Vertrauen des gesamten bisherigen Aufsichtsrates genieße. — Seitens eines Anwesenden wurde Herr Boog gebeten, auch weiter im Aufsichtsrat zu verbleiben. Der letztere erklärte jedoch, es könne keinen Mitglieder des Aufsichtsrates zugewandt werden, mit einem Namen, wie Direktor Kappler, weiter zu arbeiten. Der Direktor der Frau Rand aber — welcher 761 Stimmen besitzt, gegen deren Berechtigung verschiedene Anträge eingewandt wurden — schlug vor, in den neuen Aufsichtsrat zu wählen Frau Rand als Vorsitzende, ferner die Herren Herr Rand, Herr

Wilhelm Woenkhaus (Gagen); Johann Herrmann Hermann Häuser in Turtin (Kasse der Frau Mand); Karl Nicht Gagen und Herr Friß Brächner in Leipzig. Sämtliche anwesenden Aktionäre erhoben gegen diese Wahl Einsprüche, mit Ausnahme des Herrn Geh. Kommerzienrats Boog, welcher sich der Abstimmung enthielt. Dieser führte im übrigen noch aus, es sei auffallend, daß Frau Mand jetzt gewissermaßen den Spieß umdrehe und den bisherigen Aufsichtsrat als nicht vertrauenswürdig hinstelle. — Unter dem Rant der Aktionäre haben nicht zuletzt die Arbeiter der Rheinischen Pianofabrik zu leiden. An Arbeitsmangel und Lohnkürzungen hat in letzter Zeit nicht gefehlt.

Die deutschen Aktiengesellschaften in 1908. Zentral-Handelsregister veröffentlicht im verfloffenen Jahre 4731 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 12 Milliarden Mark ihre Bilanzen. Einen Verlust im letzten Geschäftsjahre 1907/08 hatten 626 Gesellschaften mit 696,5 Millionen Mark Aktienkapital zu verzeichnen. Dasselbe betrug 113,92 Millionen Mark. Die übrigen 4105 Gesellschaften hatten Reingewinne in Höhe von 1,67 Milliarden Mark. Das kommt einem Prozentsatz von 13,11 gleich. Nach Abzug der Verluste verbleibt allen Aktiengesellschaften ein Reingewinn von 1,56 Milliarden Mark gleich 11,58 Prozent des Aktienkapitals. In den einzelnen Gruppen beträgt der Reingewinn in Prozenten: Handel 12,8%, Warenherstellung 12,2%, Verkehr 6,4% des Aktienkapitals. Die Dividenden betrugen in den einzelnen Gruppen der Aktiengesellschaften Warenherstellung (Aktienkapital 6814,74 Millionen Mark) 9,0%; Handel (Aktienkapital 3845,21 Millionen Mk.) 7,9%; Verkehr (Aktienkapital 1488,84 Millionen Mark) 5,2%. Die Höhe der Dividenden in dem vorhergegangenen Geschäftsjahre 1906/07 betrug 9,5, 8,0, 5,5%.

Literarisches.

„Der moderne Zimmermann“ von Jos. Hennings (Verlag v. Otto Maier in Ravensburg) 80 Folio-Tafeln in vollendeter Ausführung, Preis 30 Mk. — (10 Lieferungen à 3 Mk.) — Wir können dieses wirklich brauchbare Vorlagenwerk dem Fachmann aufs wärmste empfehlen, denn der moderne Zug, der Baukunst und Architektur sich geltend macht, mußte ein solches Werk hervorbringen. Die zu Grunde gelegten Motive sind modern und im besten Sinne des Wortes originell und anziehend. Konstruktionen und einzelnen Details sind oft verblüffend einfach, aber äußerst korrekt und praktisch. Der Zimmermann sowohl als Architekt und Bauherr werden sich mit Freude in dieser Fundgrube Rat und Anregung holen. Den gesamten Inhalt hier anzuführen ist infolge seiner Reichhaltigkeit nicht möglich, nur folgende des diene als Anhalt:

Die erste Hälfte enthält hauptsächlich Details wie Hauseingänge, Vorbächer, Treppengeländer, Konsolen, Säulen, Sommerhäuser, Balkone, Erker, Fensterverdachungen und Umrahmungen, Veranda, Giebel, Fachwerkwände, Dachläden usw.

Die zweite Hälfte enthält Vorlagen mehr abgeschlossener Architekturformen, wie Gartenhäuser, Lauben, Laubengänge, Gartentore, Gartengitter, Verkaufsbuden, Kioske und dgl.

Bei 80 Tafeln ist der Preis ein niedriger zu nennen, die Anschaffung macht sich bezahlt, zumal auch berücksichtigt werden muß, daß der findige Fachmann an der Hand der Motive die Anzahl durch eigene Ideen schnell verdoppeln kann.

Salonmöbel, der heutigen Geschmacksrichtung entsprechenden gelingen soeben in dem Verlag für Architektur und Kunstgewerbe Otto Maier, Ravensburg zur Herausgabe. Das Werk enthält auf 18, teils farbigen Tafeln Vorlagen moderner Empfangsraum-einrichtungen in gebieterischer Ausstattung. Alles Uebertriebene vermieden und Hauptwert auf Zweckmäßigkeit und hübsches Aussehen der Möbel gelegt worden. Es sind nicht nur die einzelnen Möbel dargestellt, sondern dieselben auch in ihrer Gesamtvirtu durch perspektivische farbige Tafeln dargeboten. Diese Tafeln dienen dem Möbelschreiner bestens als Musterbuch fürs Publikum. 10 Detailbogen sowie genaue Preisberechnungen erhöhen den Wert dieses praktischen und brauchbaren Werkes. Nicht unerwähnt sei die leichte Ausführung dieser Möbel, weshalb man das Werk nur bestens empfehlen kann.

Mehrere tüchtige

Bau- und Möbeltischler

werden auf sofort gesucht nach

Bozen, (Südtirol.)

Christl Holzarbeitergewerkschaft, Reinhardtstraße 3.

**WOHNUNGSKUNST-
HOLZARCHITEKTUR**
RECHNEWEISE ERNSTGEWESENE
DARINWOLLE-FACHLEITUNG
1909
HEFT 1

Gratis und franko

erhalten sie auf Wunsch ein

Probenummer der Zeitschrift

„Wohnungskunst

und

Holzarchitektur“

Verlag: A. Busch u. Co.

Wurzen i. Sa.

(Vierteljahr. 6 Hefte 2 M.)

Genossenschaftl. Bürstenfabrik
Kamberg (Holl.).
Billigste und vorzüglichste Bezugsquelle für
alle Sorten Bürstenwaren
für den Haushalt und industrielle Betriebe.
Lieferungen nach eingehenden Aufträgen prompt
und billig. Musterkollektionen auf gefälligen
Wunsch gerne zu Diensten.